

Armin Jähne

Der „kranke Mann am Bosphorus“. Gebremste Nationwerdung auf dem Balkan

Um die allgemeine und teilkonkrete Situation auf dem heutigen Balkan südlich der Donau zu verstehen, bedarf es eines Schlüssels, der uns diese moderne „Büchse der Pandora“ öffnet. Ein solcher Schlüssel findet sich in den zeitnahen Gründen, die zur Auflösung Jugoslawiens führten, den letzten „Balkankrieg“ auslösten, und die vornehmlich im sozio-ökonomischen und erst an zweiter Stelle im mental-kulturellen Bereich liegen. Ein zweiter Schlüssel ist die verspätete Nationwerdung auf dem Balkan und ihre Folgen. Fragt man gar nach dem Hauptschlüssel zum Geschehen auf dem Balkan, d. h. nach jenem Türöffner, der uns das mehr als hundertjährige Konfliktpotenzial begreifen und das noch immer existierenden „Pulverfass Balkan“ wahrnehmen lässt, so ist er in der Geschichte Südosteuropas, des späten Osmanischen Reiches und in den auf dem Balkan im 19. Jahrhundert ausgeprägten Interessenkonflikten der europäischen Großmächte zu suchen. Zuvor jedoch sind einige Begriffserläuterungen notwendig.

1. Balkanisierung¹

Balkan – das ist seit dem 15. Jahrhundert die türkische Bezeichnung für jenen zentralen Bergzug, die Stara Planina (Haemus in der Antike), der Bulgarien quert und in einen Süd- und Nordteil trennt. Von diesem Wort leiten sich heute gängige Begriffe ab wie Balkanhalbinsel, aufgekommen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Balkanvölker, Balkan als politisch-geographische Bezeichnung für den Südosten Europas, Balkanci oder abwertend Balkanesen für dessen Bewohner. Für den Zustand der politischen Zersplitterung, die im Zuge des Zerfalls und Rückzuges des Osmanischen Reiches auf dem Balkan ein-

1 A. Jähne, Balkanisierung, in: Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker (Hrsg.), Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, Leipzig 2005, S. 24f. Zur unterschiedlichen Sicht der „Balkanvölker“ auf sich selbst siehe M. W. Weithmann, Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident, Darmstadt 1997 (2. erw. Auflage), S. 24; D. Gräfin Rasumovsky, Der Balkan. Geschichte und Politik seit Alexander dem Großen, München/ Zürich 1999, S. 7.

setzte (insbesondere nach 1877/78) und der sich nach dem Untergang des Habsburgerreiches 1918 noch vertiefte, bürgerte sich seit den Balkankriegen von 1912/13 europaweit der Ausdruck „Balkanisierung“ ein (frz. se balkaniser). Er bedeutete nicht nur Kleinstaaterei, wie der Historiker Eric Hobsbawm meinte, sondern assoziierte weit mehr: politische Instabilität, nationale Feindschaften, Völkerhass, Gewalt als probates Mittel der Politik. Zugleich erfuhr er eine Sinnerweiterung, die über den Balkan hinauswies.

Am 20. Dezember 1918 titelte die „New York Times“: „Rathenau, Chef der Großindustrie, sagt die ‚Balkanization of Europa‘ voraus“. Walther Rathenau (1867–1922) fürchtete, dass nach der deutschen Niederlage im 1. Weltkrieg (1914–1918), dem Verschwinden des deutschen Kaiserreiches und unter den Bedingungen eines zu erwartenden harten Friedensvertrages (1919 der Versailler Vertrag) im Herzen Europas politische Zerrüttung und Unsicherheit Platz greifen könnten. Andere sprachen damals von der drohenden Balkanisierung des Baltikums, Ungarns, der Donauregion oder einer „unglücklichen, balkanisierten Welt“, in der jeder Staat mit seinem Nachbarn im Streit liege. Nach dem 2. Weltkriege wurde im Zusammenhang mit der Entkolonisierung ganzer Erdteile auf den „Balkanisierungs“-Begriff zurückgegriffen, um die antikoloniale und antiimperialistische Befreiungsbewegung zu stigmatisieren und vornehmlich die afrikanischen Führer vor der „Balkanisierung“ ihres Kontinents zu warnen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems geriet das auseinander fallende Jugoslawien in den Strudel der „Balkanisierung“, ebenso, wenngleich weniger tragisch, die Sowjetunion. Inzwischen wird der weitgehend verselbständigte und facettenreiche Begriff pejorativ auch auf kulturell-politische Prozesse angewandt, werden mitunter Multikulturalismus, die Ausbreitung des Islam in Europa, Menschenfeindlichkeit, die Verletzung ethischer Normen, Entdemokratisierung und antizivilisatorische Tendenzen als „Balkanisierung“ bezeichnet.

2. Der „kranke Mann am Bosphorus“

Johann Peter Friedrich Ancillon (1767–1837), preußischer Minister und Staatswissenschaftler,² behauptete im September 1833, die Metapher vom

2 Am Abend des 17. August 1817, während des Wartburgfestes der deutschen Burschenschaften, wurde unter den „Schandschriften des Vaterlandes“ auch sein Werk „Souveränität und Staatswissenschaft“ ins Feuer geworfen. Verbrannt wurden zudem noch ein preußischer Schnürleib, ein hessischer Soldatenzopf, ein nassauischer und österreichischer Korporalsstock (H.-J. Bartmuss, S. Doernberg et al. /Hrsg./, Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 2, Berlin 1967, S. 163f.).

„kranken Mann“ am Bosphorus geprägt zu haben. So vermerkte es Heinrich von Treitschke (1834–1896) im 4. Band seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“.³ Gemeint waren damit allgemein das schwächelnde Osmanische Reich, das in jener Zeit noch den größten Teil der Balkan-Halbinsel umfasste und sich von Ostanatolien bis Tunis erstreckte, oder – im engeren Sinne – die „Hohe Pforte“, ursprünglich der Topkapi-Palast, die Residenz des Sultans, dann das ihr gegenüberliegende Amtsgebäude des Großwesirs und letztlich die türkische Regierung in Konstantinopel/Istanbul. Tatsächlich aber dürfte der bildhafte Ausdruck vom „kranken Mann“, die Vermenschlichung eines politischen Zustandes, bezogen auf das Osmanische Reich, älter sein.

Schon Ende des 17. Jahrhunderts hatte J. Albert Poysel, Chorherr des Klosters Baumburg in Oberbayern, zwei Lieder verfasst, deren Gegenstand die „kranke Türkei“ war. Im ersten Lied von 1683 „Der Türk ist krank“ klagt der Sultan: „Mein Alkoran und mein Divan⁴/ in schwerer Krankheit liegen;/ mein g’habte Macht, mein g’führte Pracht/ liegen fast in den Zügen“. Im zweiten Lied von 1684 „Suldan’s Krankheit“ diagnostiziert ein Konsilium von zehn Ärzten die Gebrechen des gesundheitlich schwer angeschlagenen Patienten.⁵ Gleichfalls gegen Ende des 17. Jahrhunderts hatte Sir Thomas Roe, der englische Botschafter in Konstantinopel, das Osmanische Reich mit dem Körper eines alten Mannes verglichen, der, von Krankheiten geplagt, bald das Zeitliche segnen werde. In Charles Louis de Montesquieu’s (1689–1755) poetischem Hauptwerk, dem Briefroman „Persische Briefe“, erschienen 1721, vermerkt der persische Romanheld, der Edelmann Usbek, der über Smyrna, Livorno und Marseille nach Paris reiste, mit Erstaunen die Schwäche der Osmanen: „Dieser kranke Körper wird nicht durch eine milde und mäßige Diät erhalten, sondern durch gewaltsame Mittel, die ihn unaufhörlich erschöpfen und untergraben“. ⁶ Dass die Türkei als „kranke Mann“ zu jener Zeit bereits zum geflügelten Wort geworden war, zeigt auch der Brief Voltaires (1694–1778) an die russische Zarin Katharina II. (1729–1796) vom 11. August 1770: „Ihre Majestät wird meinen, dass ich ein sehr ungeduldiger Kranker bin, und dass die Türken noch viel kränker sind als ich“.

3 H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 4, Leipzig 1890, S. 331.

4 Divan, Diwan: Hofkanzlei, türkischer Staatsrat.

5 F. W. Diffurth, Historische Volkslieder von 1648–1756, Nr. 45 und 47, Heilbronn 1877.

6 Ch. L. de Montesquieu, Lettres Persanes, vol. 1, No. 19, Amsterdam 1721 (deutsch Berlin 1866); unlängst zu diesem Werk Montesquieus W. Engler, Die *Lettres Persanes* oder wie bei Montesquieu der Orient den Okzident erzählt, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 80 (2005), S. 51–69.

Am 14. Januar 1853 war es dann Nikolaus I. (1796–1855), der – ein gutes halbes Jahr vor dem Krimkrieg – im Gespräch mit dem britischen Gesandten Sir George Hamilton Seymour (1797–1880) in St. Petersburg⁷ die Hohe Pforte als einen an Altersschwäche leidenden Kranken darstellte, der jeden Moment sterben könne. In London hingegen glaubte man, so Lord John Russel (1792–1878),⁸ dass sich der Zerfall des kranken türkischen Staatskörpers noch hundert Jahre hinziehen werde. Der Zar beharrte auf seinem Standpunkt und äußerte am 20. Februar 1853 Seymour gegenüber erneut: „Ich wiederhole Ihnen, dass der Kranke im Sterben liegt“.⁹ Mit diesen beiden Auffassungen vom „Kranken Mann am Bosphorus“¹⁰ soll diese kurze Begriffsgeschichte beendet sein.

3. Die „Orientalische Frage“

In den Worten Nikolaus I. und dem, was man darüber in London dachte, widerspiegeln sich ganz gegensätzliche Hoffnungen, die zum einen, im Falle Russlands, auf den schnellen politischen Tod der zerfallenden Türkei gerichtet waren und sich zum anderen auf den Wunsch nicht nur Englands, sondern aller europäischen Mächte zurückführten, den *status quo* des Osmanenreiches so lange wie möglich zu erhalten. Der Zusammenbruch der Türkei hätte, und darüber waren sich alle europäischen Kabinette im Klaren, eine folgenschwere Veränderung der politischen Verhältnisse im Nahen Osten, in Nordafrika und auf dem Balkan nach sich gezogen und einen erbitterten Kampf Russlands, Österreichs, Großbritanniens, Frankreichs, auch Preußens bzw. Deutschlands und Italiens um das türkische Erbe ausgelöst. Für dieses seit dem 18. Jahrhundert bestehende Konfliktpotential hatte sich seit dem letzten Kongress der Heiligen Allianz, der 1822 in Verona stattfand, der Ausdruck „Orientalische Frage“ eingebürgert.¹¹ In sie eingeschlossen war als Span-

7 Gesandter in St. Petersburg ab 1851 (ab 1855 in Wien).

8 Damals ministerieller Leiter des Unterhauses (in der Regierung Lord Aberdeens).

9 G. Büchmann, Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, 28. Aufl., Berlin 1937, S. 536; nach H. v. Treitschke, a.a.O., Bd. 5, Leipzig 1895, S. 528 habe Nikolaus I. bereits 1844 während seines Besuchs in England den Briten erklärt: „Ihr haltet die Türkei für todkrank; ich glaube sie ist schon tot, also müssen wir uns über das Schicksal ihrer Trümmer verständigen“.

10 Wenn Dostojewski in seinem „Tagebuch des Schriftstellers“ von 1877 von der Türkei sprach, war sie für ihn oft einfach nur „der kranke Mann“ - siehe F. M. Dostoevskij, Dnevnik pisatelja za 1877 god (= Tagebuch des Schriftstellers für das Jahr 1877), St. Petersburg 1895, S. 79 – 83; so lautet auch die Kapitelüberschrift in M. W. Weithmann, Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident, Darmstadt 1997, S. 246.

11 Der Begriff war dort zum ersten Male gebraucht worden.

nungsfeld von besonderer Sensibilität die Frage nach der Rechtslage der Meerengen, d.h. der Durchfahrten vom Mittelmeer ins Schwarze Meer: das so genannte Dardanellenproblem.

In den zumeist diplomatischen, aber doch machtpolitischen, und seltener kriegerischen Auseinandersetzungen um die „Orientalische Frage“ und das Problem der Meerengen lassen sich vier Phasen unterscheiden: die erste umfasst die Zeit von der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Krimkrieg (1853–1856), die zweite den Abschnitt vom Krimkrieg bis zum Berliner Kongress 1878, die dritte die Jahrzehnte bis zum Ende des 1. Weltkrieges, als das Problem sich teils von selbst erledigte, teils von den Siegermächten zu ihrem Gunsten beigelegt wurde. Die vierte Phase betrifft den Zeitraum zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg. Sie findet ihren Abschluss mit dem Abkommen von Montreux im Jahre 1936.

Maurocordato, der Dolmetscher des Sultans, soll 1700 die schicksalhaften Worte gesprochen haben: „Wenn es fremden Schiffen freistehen werde, das Schwarze Meer zu befahren, dann werde das Osmanische Reich zugrunde gehen und von unterst zu oberst gekehrt werden“.¹²

I.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts dominierte vor allem der russisch-türkische Gegensatz die „Orientalische Frage“ und das Dardanellenproblem. Die europäischen Mächte hielten sich dagegen im Hintergrund, auch Österreich, das in Konkurrenz zu Russland die Schwächung der türkischen Positionen, z. B. in Serbien, mit gemischten Gefühlen sah.¹³ Das russische Übergewicht war es auch, das die westeuropäischen Mächte zum Eingreifen und an die Seite Russlands zwang, als 1821 der griechische Befreiungskampf losbrach, der bei den europäischen Potentaten und Zar Alexander I. allgemeines Unbehagen auslöste.¹⁴ Der griechische Befreiungskampf hatte die „Orientalische Frage“ im balkanisch-ägäischen Raume plötzlich zugespitzt und den bisher weitge-

12 H. Uebersberger, *Das Dardanellenproblem als russische Schicksalsfrage*, Wien 1930, S.4f. (Einführungsrede als Rektor der Universität Wien).

13 H.-J. Bartmuss, S. Doernberg et al. (Hrsg.), *Deutsche Geschichte*, Bd. 2. Von 1789 bis 1917, S. 139f.; M. W. Weithmann, a.a.O., S. 181f., 234f.

14 Der griechische Aufstand wurde ganz im Sinne der heiligen Allianz, „den Zusammenhang zwischen der inneren Ordnung ihrer eigenen Staaten und der internationalen Ordnung“ zu respektieren, als Ausfluss der „französischen Krankheit“, d.h. revolutionärer Ideen betrachtet. Dazu D. Razumovsky, *Der Balkan. Geschichte und Politik seit Alexander dem Großen*, München/ Zürich 1999, S. 239f., 243–246; auch M. W. Weithmann, a.a.O., S. 276f. über die Reaktionen in Österreich und England.

hend eingehaltenen *status quo* unvorhergesehen ins Wanken gebracht. Über Europa brauste ein Sturm philhellenischer Begeisterung hinweg, der auch Lord Byron (1788–1824) an den Golf von Korinth und die Seite der für ihre Freiheit kämpfenden Griechen trieb. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, aber auch um den Russen nicht allein das Feld zu überlassen, griffen England und Frankreich in den Konflikt ein. Mit Russland einigte man sich auf ein gemeinsames Flottenunternehmen, das die türkische Seite abschrecken sollte. Doch aus der bloßen Drohgebärde wurde bitterer Ernst, als sich aus dem 1827 vor Navarino (heute Pylos) zusammengezogenen alliierten Flottengeschwader heraus – unbeabsichtigt, wie es heißt – ein Schuss löste. Eine Seeschlacht entbrannte, in der die gesamte, in der Bucht von Navarino eingeschlossene türkisch-ägyptische Flotte vernichtet wurde.¹⁵

Im September 1829 musste die Pforte im Frieden von Adrianopol (heute Edirne) einer weitgehenden, von Russland garantierten, wengleich noch immer eingeschränkten Autonomie Griechenlands und Serbiens zustimmen. Erst in den Londoner Protokollen von 1830 wurde im Interesse Englands, Frankreichs und Österreichs aus der vagen Autonomie ein unabhängiger griechischer Kleinstaat (südlich der Linie Bucht von Arta bis Bucht von Volos),¹⁶ Thessalien, Kreta, Samos und Teile Akarnaniens und Aetoliens, die 1832 freigekauft wurden, blieben auf Betreiben Englands unter türkischer Herrschaft. Dennoch, für das griechische Volk markierte als erstem auf dem Balkan das Jahr 1832 den Beginn der Staatsbildung und des längeren Prozesses der Nationwerdung. Oktroyiert wurde ihm eine Monarchie bayerischen Zuschnitts.¹⁷ 1843 zwang ein Aufstand König Otto, die bayerischen Minister und Beamten zu entlassen und das bayerische Militärkontingent aufzulösen. Die einberufene Nationalversammlung gab dem Land eine neue Verfassung mit einem parlamentarischen Zweikammernsystem.

Serbiens Kampf um die Unabhängigkeit, den besonders Russland unterstützte, dauerte länger. Zwar besaß das serbische Fürstentum ein eigenes Heer, eine eigene Gerichtsbarkeit und eigene Schulen, seit 1835 eine erste Verfassung (vom Sultan oktroyiert) und von 1844 an ein eigenes staatlich administratives System, einen Polizeiparat und ein Bürgerliches Gesetzbuch, trotzdem bestand das formale Vasallenverhältnis zum Sultan fort. Noch be-

15 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 276f.; zur Allianz und ihren Beweggründen D. Razumovsky, a.a.O., S. 246-248.

16 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 277: alle drei Mächte wollten damit russischem Einfluss auf Griechenland vorbeugen.

17 D. Razumovsky, a.a.O., S. 248f.

fanden sich einzelne türkische Garnisonen auf serbischen Boden. Die letzte davon verließ 1867 Belgrad.¹⁸

Der Höhepunkt russischen Einflusses auf die Hohe Pforte war zweifellos erreicht, als der energische, politisch kreative und von Frankreich diplomatisch unterstützte ägyptische Vizekönig Mehmed Ali (1769–1849) den Versuch unternahm, das Osmanenreich zu reformieren, zu modernisieren und er damit in Widerspruch zum Sultan geriet.¹⁹ Russland ergriff Partei für den Sultan, schickte Schiffe in den Bosphorus und setzte bei Hünkiar-Iskelesi ein Landungskorps ab. Der dankbare Sultan schloss seinerseits mit Russland den Vertrag von Hünkiar-Iskelesi ab, einen Freundschafts- und Beistandspakt, der die schwache Türkei faktisch unter russisches Protektorat stellte. In einem Geheimartikel erklärte sich die türkische Seite bereit, im Bündnisfalle die Meerengen für alle nichtrussischen Kriegsschiffe zu sperren.²⁰ Mit dem auf acht Jahre festgelegten Vertrag von Hünkiar-Iskelesi verschärfte sich in der „Orientalischen Frage“ der Gegensatz zwischen Russland und namentlich Frankreich und England, die beide auf eine Revision der Geheimklausel drängten. Außerdem sollte das russische Wirkungsfeld im Osmanischen Reich stetig eingeeengt werden. Die Londoner Konvention vom Juli 1841, der so genannte Meerengenvertrag, bedeutete dann auch die Rücknahme des Vertrages von Hünkiar-Iskelesi. Die Dardanellen und der Bosphorus blieben von jetzt an für alle Kriegsschiffe, auch die russischen, verschlossen. England, Frankreich, Russland, Österreich und Preußen erklärten ihr Einverständnis, nicht nur diese Regelung zu akzeptieren, sondern gleichzeitig Sorge für den Erhalt der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit des Osmanischen Reiches zu tragen.²¹

II.

Ein politischer Wandel in der „Orientalischen Frage“ und im *status-quo*-Denken der Großmächte bahnte sich Mitte des 19. Jahrhunderts an. Nikolaus I. (1796–1855), diese Inkarnation der „hyperrussischen Despotie“ und eines

18 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 252–254.

19 Mehmed Ali war vom Sultan mit der Rückeroberung Griechenlands beauftragt und 1825 mit seinem Expeditionskorps auf der Peloponnes aktiv geworden. Später entritt er Syrien der „Hohen Pforte“ und gliederte es dem eigenen unmittelbaren Herrschaftsbereich an. Ein deutscher Bewunderer Mehmed Ali's, „dieses Napoleon's des Ostens“, war Hermann Fürst von Pückler-Muskau (1785–1871), siehe H. v. Treitschke, a.a.O., Bd. 5, S. 64.

20 Zum Vertrag von Hünkiar-Iskelesi H. v. Treitschke, a.a.O., Bd. 4, S. 325–327, 330f.; H. Uebersberger, a.a.O., S. 6f.

21 Ausführlich zu den Londoner Verhandlungen und dem Meerengenvertrag H. v. Treitschke, a.a.O., Bd. 5, S. 75–80, 113–120.

„unbeugsamen Petersburger Militärhochmuts“, hatte sich „vom europäischen Westen ebenso entfernt wie vom wahren Russland“. ²² Nun wollte er auf diplomatischem Wege und, wenn nicht anders möglich, über direkten Druck auf die Türkei eine für Russland günstige Aufteilung des Osmanischen Reiches in einzelne Interessensphären herbeiführen, d.h. er wünschte, wie im obigen Zitat bereits angedeutet, das Sterben des „kranken Mannes am Bosphorus“ zu beschleunigen. ²³ England und Frankreich, die sich wider Erwarten Russlands miteinander verbündeten, stellten sich jedoch auf die türkische Seite. Österreich und Preußen hielten sich zurück und bezogen eine neutrale Position. ²⁴ Die Hohe Pforte wies die russische ultimative Forderung ab, alle christlich-orthodoxen Untertanen unter den besonderen Schutz des Zaren zu stellen, verlangte aber ihrerseits die Freigabe der im Juni 1853 von russischen Truppen besetzten Donaufürstentümer, d.h. Moldawiens und der Walachei. Da Russland nicht reagierte, erklärte ihm die Türkei am 4. Oktober 1853 den Krieg. Die anglo-französische Flotte lief zu ihrer Unterstützung in die Dardanellen ein und verlegte, nachdem die türkische Kriegsmarine vor Sinope zusammengeschoßen worden war, ihr Operationsfeld ins Schwarze Meer. Zu Lande wurde im Kaukasus, in der Donauregion und ab September 1854 auf der Krim gekämpft, wo britische, französische und türkische Truppen bei Sewastopol gelandet waren.

Griechenland wollte die Situation zu seinem Gunsten nutzen und besetzte im Januar 1854 Epirus und danach Thessalien, musste diese Gebiete aber auf militärischen und auch ökonomischen Druck Englands und Frankreichs wieder aufgeben und seine Truppen zurücknehmen.

Mit dem Krimkrieg hatte die zweite Etappe in den Auseinandersetzungen um die „Orientalische Frage“ begonnen, und er endete für Russland mit einer Niederlage und einem schweren Rückschlag. Die Bedingungen des Pariser Friedensvertrages von 1856 waren hart. ²⁵ Russland musste den Anspruch, „Schutzmacht“ der christlich-orthodoxen Untertanen des Sultans zu sein, aufgeben, den südlichen Teil Bessarabiens abtreten und das nunmehrige Protektorat der westeuropäischen Mächte über die Donaufürstentümer und Serbien

22 V. Valentin, *Knaurs Weltgeschichte*, fortgeführt von A. Wucher, München/ Zürich 1959, S. 794.

23 Siehe auch H. Uebersberger, a.a.O., S. 7f.

24 Zur europäischen Interessenlage und dem diplomatischen Vorspiel E. Engelberg, *Bismarck. Urprouße und Reichsgründer*, Berlin 1986, S. 417–420, 423–428.

25 Zuvor war in Wien nach schwierigen diplomatischen Verhandlungen ein Präliminarfrieden vereinbart worden, an dessen Zustandekommen der vermittelnde österreichische Vertreter Anton Prokesch von Osten (1795–1876) einen besonderen Anteil hatte.

anerkennen, die unter türkischer Oberherrschaft verblieben. Das Schwarze Meer wurde zu einer neutralen Zone. Russland durfte dort weder eine Flotte noch eine Marinebasis unterhalten. Im Artikel 7 sagten die europäischen Majestäten der „Hohen Pforte“ zu, dass sie die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität des Osmanenreiches respektieren würden. Zur nun einflussreichsten Kraft in der „Orientalischen Frage“ waren Frankreich und England geworden.²⁶ In Russland, das sich mehr und mehr auf sich selbst zurückzog, setzte eine Abkehr von Europa und auch dem Balkan ein.

Der deutsche Sieg im Krieg 1870/1871 über Frankreich veränderte das politische Kräfteverhältnis in Europa grundlegend. Einer der Nutznießer war Russland. Es kündigte im Oktober 1870 die Bestimmungen des Pariser Vertrages und setzte im März 1871 in der Londoner Pontuskonferenz die neuerliche Öffnung des Schwarzen Meeres für seine Kriegsmarine durch.²⁷ Es blieb die letztlich einseitige Einschränkung, dass die „Hohe Pforte“ Kriegsschiffe befreundeter Staaten die Meerengen passieren lassen könne, wenn die Bestimmungen des Pariser Friedens in Gefahr seien: eine klare Begünstigung Englands und Frankreichs.

Die Londoner Konvention von 1841 und mit ihr der Pontusvertrag von 1871 waren bis 1914 gültiges Völkerrecht.²⁸ Für seine Einhaltung an den Dardanellen und am Bosphorus hatte die Türkei Sorge zu tragen, ein Umstand, der leider gern vergessen wird. Zwangsläufig fiel der „Hohen Pforte“ die Aufgabe zu, die Meerengen militärisch zu sichern und zu bewachen. Entlang der Küste mussten Befestigungen gebaut und diese wiederum mit Geschützen bestückt werden.²⁹ Dass an solch neuralgischem Punkt zwischen zwei Meeren die Küstenbatterien, ihre Plätze und Einrichtungen der besonderen Ge-

26 Aufschlussreich die Briefe Napoleons III. an die englische Königin Victoria vom 22. November 1855, 16. Januar und 12. April 1856 und an Graf A. F. J. Walewski (1810–1868), damals französischer Außenminister, vom 18. Januar und 18. Mai 1856 (J. Kühn /Hrsg./, Napoleon III. Ein Selbstbildnis in ungedruckten und zerstreuten Briefen und Aufzeichnungen, Arenenberg 1993, S. 489f., 491f., 502f., 493f., 517).

27 Da Bismarck Russlands Forderung nach einer Revision des Friedensvertrages von 1856 unterstützte, gelang es ihm, im preußisch/deutschen-französischen Konflikt Russland auf seine Seite zu ziehen, d.h. zur Neutralität zu bewegen; dazu F. Ronneberger, Bismarck und Südosteuropa, Berlin 1941, S. 53-56; E. Engelberg, Bismarck, 1986, S. 724, 727, 737; ders., Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 9; K. Kosev, Otto von Bismarck und die orientalische Frage, in: Études historiques 14, Sofia 1990, S. 51f.

28 H. Uebersberger, a.a.O., S. 7, 8f.

29 E. Eickhoff, Weltgeschichte am Hellespont, in: Troia. Traum und Wirklichkeit, Begleitband zur Ausstellung, Stuttgart 2001, S. 296: die Festungen von Seddülbahir und Kumkale am westlichen Eingang der Dardanellen, die Küstenbatterien bei Intepe und Erenköy, die Festungen von Kilitbahir und Çanakkale im Inneren der Meerenge.

heimhaltung unterlagen, war nichts Ungewöhnliches und entsprach militärischer Norm. Daraus erwuchsen ein verständliches türkisches Sicherheitsbedürfnis und – in der Überspitzung durch die an den Dardanellen tätigen türkischen Amtspersonen – eine regelrechte Spionomanie.³⁰

III.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verband sich die „Orientalische Frage“ immer enger mit dem Kampf der Balkanvölker – mit Ausnahme Griechenlands und Albanien – gegen die osmanische Fremdherrschaft. Die südslawische Befreiungsidee begann sich zu emanzipieren und wurde zur materiellen Gewalt. Gleichzeitig gewann das Streben hin zur Nation – ganz im Trend des 19. Jahrhunderts – zunehmend an Stärke. Die Hoffnung auf nationale Selbstbestimmung drängte – bei den Bulgaren – hinaus aus der Enge der „Lesestuben“, der „Čitališta“, und ein neues, wenngleich noch unsicheres Gefühl von Wehrhaftigkeit gab sich zu erkennen. Im Juli 1875 griff die slawische Bevölkerung in der osmanischen Provinz Herzegowina und kurz darauf in Bosnien zu den Waffen. Im Herbst 1875 missglückte ein Aufstand im bulgarischen Stara Zagora, doch im April 1876 erhoben sich erneut Teile des bulgarischen Volkes gegen die türkische Herrschaft. Christo Botev (1848–1876), der Volksheld, überschritt mit seiner in Rumänien gesammelten Freischar die Donau. Aber die schlecht organisierten, mangelhaft bewaffneten, nicht koordiniert agierenden und von Verrat bedrohten Aufständischen kämpften auf verlorenem Posten. Auf Dauer waren sie den regulären türkischen Truppen und den Başıbozuku, irregulären Paramilitärs, unterlegen. Nur im südlichen, im vierten revolutionären Bezirk, im vom Balkan (Stara Planina), der Sredna Gora und den Rhodopen gebildeten Dreieck, wo es tatsächlich zu einer Art von Volkserhebung kam, wurde längerer und nachhaltigerer Widerstand geleistet. Symbol dieses Widerstandes ist das Dorf Batak (in den nordwestlichen Rhodopen), wo die Başıbozuku besonders wüteten.³¹

30 Bei der „auf Misstrauen und Überwachung aufgebauten Machtstruktur der Osmanen“ war es im 19. Jahrhundert undenkbar, „von außen ins Land gekommenen Fremden zu gestatten, sich eine vertiefte Kenntnis der geographischen und landeskundlichen Verhältnisse durch exakte Studien zu verschaffen und diese in Karten und Zeichnungen festzuhalten“ (F. Fikler, Nikolaus Dankov und die Kartographie in Bulgarien, in: Zeitschrift f. Balkanologie 41/1, 2005, S. 17f.).

31 G. Bokov (Hrsg.), *Sovremennaja Bolgarija. Istorija. Politika, Ekonomika, Kul'tura* (= Das moderne Bulgarien. Geschichte. Politik. Ökonomie. Kultur), Sofia 1981, S. 64–67.

Mit Feuer und Schwert erstickte der türkische Staat den Aufstand. Etwa 30-40000 Bulgaren sollen getötet worden sein. Unter der Losung „Freiheit oder Tod“, so hatten die geistigen Vorkämpfer der Insurrektion angenommen, würde ein kompromissloser Kampf des ganzen Volkes losbrechen, doch die erwartete große Massenaktion blieb aus. Die meisten der durch die Jahrhunderte langen Unterdrückung eingeschüchterten Bulgaren verhielten sich passiv, und der sozial korruptierte Teil der bürgerlichen Schicht in den Städten stand abseits. Eines war aber durch diesen Aufstand und die blutige Reaktion der türkischen Machthaber doch erreicht worden: ein internationales Echo. Die westeuropäische Presse hatte die Vorgänge aufgegriffen, sie in bis dahin nicht gekanntem Ausmaße publik gemacht und mit einer emotionsgeladenen Berichterstattung antitürkische Vorurteile geschürt. In England erschienen Artikel unter Überschriften wie „Bulgarian Horrors and the Question of the East“, in Frankreich prangerte Victor Hugo in einer viel beachteten Parlamentsrede die türkischen Kriegsgreuel an.³² In Russland erhoben Fjodor Dostoevski, Iwan Turgenew, Dmitri Mendeleew und viele andere ihre Stimme, in Italien war es kein Geringerer als Giuseppe Garibaldi.³³ Im Juni 1876 erklärten Serbien und Montenegro der Türkei den Krieg, um ihre slawischen Nachbarn zu unterstützen, wurden aber geschlagen. Nur ein Ultimatum Russlands rettete Serbien vor der vollständigen Vernichtung.³⁴ Ungeachtet seines militärischen Übergewichts, war das Osmanische Reich durch die nationalen Befreiungskämpfe auf dem Balkan in eine schwierige, äußerst angespannte Lage geraten. Nacheinander wurden im Mai und August, als beredter Ausdruck zunehmender Unsicherheit und Führungsschwäche, zwei Sultane abgesetzt: Abdul Asis (1861–1876) und Murad V. (1876).³⁵

Die Ereignisse auf dem Balkan sorgten für Irritationen und mobilisierten die westeuropäischen Mächte und Russland. Einerseits versuchten sie, die dort entstandene Situation auszunutzen und – mit Ausnahme Russlands – in durchaus protürkischem Interesse beschwichtigend und stabilisierend zu wir-

32 Die immer wieder zu Recht betonten negativen Seiten und Folgen der türkischen Fremdherrschaft, vor allem die dadurch bedingte kulturelle Rückständigkeit, sind in drei Punkten zu relativieren: 1. fungierte die Türkei über Jahrhunderte als friedliche Ordnungsmacht; 2. existierte eine weitgehende religiöse Toleranz; 3. wurde mit dem Osmanischen Imperium ein einheitlicher Wirtschaftsraum geschaffen.

33 *Sovremennaja Bolgarija*, S. 67.

34 Es war wohl eher ein fehlgeschlagener Stellvertreterkrieg im Interesse Russlands. M. W. Weithmann, a.a.O., S. 254f.

35 Zu den Vorgängen auf dem Balkan 1876 und den Pressereaktionen siehe M. W. Weithmann, a.a.O., S. 293f.; D. Razumovsky, a.a.O., S. 255–257.

ken, andererseits forderte die aufgebrachte Öffentlichkeit in ihren Ländern, Partei für die unterdrückten und – im zeitgenössischen Verständnis – gepeinigten Balkanvölker zu ergreifen.³⁶ Wien und St. Petersburg wurden auf ihre Weise aktiv. Auf Vorschlag Russlands trafen sich seine Abgesandten mit Vertretern des deutschen und österreichischen Kaisers schon Mitte Mai 1876 in Berlin. Russland verlangte Autonomie für alle slawischen Balkanvölker. Wien war strikt dagegen, und auch Bismarck, der immer wieder das preußisch-deutsche Desinteresse am Balkan hervorhob,³⁷ fand keinerlei Gefallen an der Autonomie oder gar National- und damit Kleinstaatlichkeit der Balkanvölker. Bismarcks Desinteresse am Schicksal der Balkanvölker war ein begrenztes. Es verlor sich, sobald deutsche Interessen berührt waren. Diese Interessen richteten sich auf zwei Ziele: die Verhinderung eines Konfliktes zwischen Russland und Österreich und damit die Sicherung des bestehenden europäischen Friedens. Die nationalen Hoffnungen der Balkanvölker, auch Bulgariens, spielten für den deutschen Reichskanzler nur eine untergeordnete Rolle.³⁸

Am 3. Juli 1876 kamen dann Zar Alexander II. (1818/1855–1881) und Franz Joseph I. (1830/1848 – 1916) im böhmischen Reichstadt (tsch. Zákupy) zusammen, um sich in geheimer Absprache über die politische Neuordnung des Balkans und ihre dortigen Einflusszonen zu verständigen. Im Falle einer Zerschlagung der Türkei sollten in der russischen Interessensphäre die unabhängigen Fürstentümer Bulgarien und Rumelien entstehen. Griechenland würde Thessalien, Epirus und Kreta erhalten. An Russland selbst fielen Bessarabien und das Gebiet um Batumi (an der Ostküste des Schwarzen Meeres). Für Konstantinopel war der Status einer „Freien Stadt“ vorgesehen. Anerkannt wurde Österreich-Ungarns Anspruch auf Teile Bosniens, Kroatiens und der Herzegowina. Im Falle eines russisch-türkischen Krieges erklärte es seine Neutralität.³⁹

36 H.-J. Bartmuss, S. Doernberg et al. (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 520f.

37 Bismarck im Brief vom 5. Juli 1876 an König Ludwig von Bayern: „Die türkische Frage, so lange sie sich innerhalb der türkischen Grenzen entwickelt, berührt meines untertänigsten Dafürhaltens keine kriegswürdigen deutschen Interessen; auch ein Kampf zwischen Russland und einer der Westmächte oder beiden kann sich entwickeln, ohne Deutschland in Mitleidenschaft zu ziehen.“ (Bismarck. Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1928, S. 317).

38 Bismarck im Brief vom 2. Juni 1876 an König Ludwig von Bayern: „...aber von allen europäischen Mächten wird Deutschland immer in der günstigen Lage bleiben, um sich aus den Wirren, mit welchen eine orientalische Frage den Frieden bedrohen kann, dauernd oder doch länger als andre fernhalten zu können.“ (Bismarck, Gedanken, 1928, S. 316); F. Ronneberger, a.a.O., S. 36f., 41f.; A. S. Erusalimskij, Bismarck. Diplomacija i militarizm (= Bismarck. Diplomatie und Militarismus), Moskva 1968, S. 139.

Davon unabhängig war im westlichen Europa der paradoxe Zustand eingetreten, dass dort, ohne es eigentlich zu wollen, die Liberalen und Demokraten mit ihrer antitürkischen Haltung einer russischen Intervention auf dem Balkan Vorschub leisteten, obwohl sie eine machtpolitische Stärkung Russlands nicht wünschten.⁴⁰ Unterdessen ging das diplomatische Tauziehen zwischen Russland, Österreich-Ungarn und Deutschlands weiter.⁴¹ Die Zeichen im Südosten Europas standen im Sommer 1876 standen auf Sturm.

IV.

In Russland reagierte die öffentliche Meinung seit langem höchst sensibel auf alles, was mit dem Widerstand der slawischen Balkanvölker gegen die türkischen Fremdherrscher zusammenhing. Noch Ende 1869 hatte der slawophile und panslawistische Publizist Nikolaj Ja. Danilevskij (1822–1885) in der Zeitschrift „Zarja“ (Nr. 5–6, 8–9) eine Reihe von Artikeln zum Thema „Russland und Europa“ veröffentlicht (als Buch 1871) und dort seine programmatischen Ansichten dargelegt, denen es hinsichtlich der Balkan- und Meerengenproblematik nicht an Deutlichkeit fehlte: Die „Orientalische Frage“ war ihm ein rein russisches und slawisches Problem. Um es zu lösen, müssten, so meinte er, Österreich-Ungarn und die Türkei politisch zerschmettert werden. An ihre Stelle sollte „eine Konföderation slawischer Staaten mit Russland an der Spitze und einem russischen Konstantinopel als Zentrum treten“, zumal „dieser Besitz zum Schutz der (russischen) Südküsten des Schwarzen Meeres unbedingt notwendig sei“, d.h. ein Besitz, zu dem neben Konstantinopel folgerichtig auch die Meerengen und das ihnen anliegende Gebiet gehören müssten.⁴²

Auch 1876 drängte die russische Öffentlichkeit den Zaren zum Eingreifen. F. M. Dostojewski (1821–1881) beschreibt die Stimmung im Lande so: „Es war eine hitzige und ruhmvolle Zeit: Ganz Russland erhob sich im Geist

39 Dazu Bismarck im Brief an König Ludwig von Bayern vom 5. Juli 1876 (Bismarck, Gedanken, 1928, S. 317f.); H.-J. Bartmuss, S. Doernberg et al. (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 522. Die Schwierigkeit bei dieser geheimen Absprache besteht darin, dass es davon keinen offiziell fixierten Text gibt. Es existieren jeweils nur die österreichische und russische Niederschrift, die inhaltlich voneinander abweichen. Die österreichische Variante sah z.B. für Bulgarien, Rumelien und Albanien einen lediglich autonomen Status innerhalb des Osmanischen Reiches vor; auch E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 223–228; A. S. Erusalimskij, Bismarck, 1968, S. 141f.

40 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 293f.

41 Dazu E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 226–239.

42 Zu den Auffassungen N. Ja. Danilevskijs siehe F. M. Dostoevskij, a.a.O., S. 381f., 484–386, der hinsichtlich Konstantinopels einen etwas anderen Standpunkt als Danilevskij vertrat; H. Uebersberger, a.a.O., S. 9f.; F. Ronneberger, a.a.O., S. 61f.

und von Herzen und das Volk machte sich ‚freiwillig‘ auf, um Christus und der Rechtgläubigkeit gegen die Ungläubigen zu dienen, für unsere im Glauben und Blut brüderlichen Slawen“. Und er sagte noch, dass Konstantinopel, „ob nun früher oder später, unser werden muss“. Wiederholt wurde dieser Gedanke im März 1877 und noch einmal im November des gleichen Jahres, als die russischen Truppen bereits auf den Höhen des zentralen Balkan-Gebirges (Stara Planina) standen: „Konstantinopel muss unser werden, weggenommen den Türken von uns, den Russen, und unser bleiben auf ewige Zeiten“.⁴³

Zu Beginn des Jahres 1878 war Russland dem lang gehegten Wunschziel seiner imperialen Politik im südöstlichen Zipfel Europas näher als sonst. Am 15. Januar 1877 waren Russland und Österreich-Ungarn in der Budapester Konvention – als Bestätigung der Absprache von Reichstadt – übereingekommen, dass Österreich im Falle eines russisch-türkischen Krieges Russland gegenüber „wohlwollenste Neutralität“ üben werde. Die Russen ihrerseits gaben das gesamte Territorium Bosniens und der Herzegowina für eine österreichische Annexion frei. Auch Bismarck sicherte die Neutralität Deutschlands zu, sollte Russland die Türkei angreifen.⁴⁴ Damit hatte Petersburg den Rücken frei und erklärte, da Rumänien den russischen Truppen ungehinderter Durchzug gewährte, der Türkei im April 1877 den Krieg. Am 19. Juli standen russische Soldaten auf dem strategisch wichtigen Schipka-Pass, am 28. November fiel endlich das von den Russen unruhlich belagerte Plewen und am 23. Dezember war Sofia erreicht. Am 28. Dezember und am 5. Januar 1878 erlitten die Türken bei Schipka-Schejnowo und Plovdiv zwei schwere Niederlagen. Am 8. Januar 1878 gaben sie Adrianopol (heute Edirne) auf. Der russische Vormarsch war nicht mehr aufzuhalten, doch das so nahe Konstantinopel, „dieses Rom des europäischen Ostens, dieses Rom der Slawenheit“, dessen Anblick den Eroberern „wie ein wundervoller Traum erschien“, war für Russland noch immer unerreichbar. Russische Offiziere fuhren zwar ungehindert dorthin, aber zivil gekleidet.

Der Schriftsteller und Journalist V. I. Nemirovič-Dančenko (1848–1936), der Verfasser einer dreibändigen Chronik des Krieges von 1877/1878, logierte im Grand Hotel de Luxembourg. Hier besuchte ihn der General M. D. Skobelev (1843–1882), der von seinen Soldaten vergötterte Kriegsheld und

43 F. M. Dostoevskij, a.a.O., S. 73–85, 382; *Sovremennaja Bolgarija*, S. 68.

44 E. Engelberg, *Bismarck*, 1990, S. 238f.; Bismarck befürwortete durchaus den Krieg Russlands mit der Türkei – dazu K. Kosev, *Poslanie na Midchat paša do Bismark ot januari 1877 g.* (= Sendschreiben Midhat Paschas an Bismarck vom Januar 1877), Sofia 2008, S. 29–31.

glorreiche Verteidiger des Schipka-Passes. Er weinte, weil die Russen Konstantinopel nicht einnahmen, weil sie die Zeit nutzlos verstreichen ließen und die bisherigen Siege an die Diplomatie verloren gingen. Mit seinen 40000 Mann hätte er in drei Stunden am Goldenen Horn sein können. „Man wird einige Jahrhunderte warten müssen“, sagte er voller Resignation, „ehe wieder solch günstige Umstände wie jetzt eintreten“. ⁴⁵

Skobelev und Nemirovič-Dančenko wussten damals nicht, dass der russische Großfürst Nikolai Nikolaevič der Ältere (1831–1891) bereits beschlossen hatte, Ende Januar Gallipoli und Konstantinopel zu besetzen und Truppen auf das asiatische Ufer des Bosphorus zu bringen. Eine Depesche aus St. Petersburg verbot ihm das Unternehmen, denn der Zar fürchtete den Widerstand Österreich-Ungarns und Englands, die den russischen Siegeslauf zwar nicht bremsen konnten, aber zumindest Konstantinopel dem Zugriff des Zaren entziehen wollten. Ein inzwischen ins Marmara-Meer eingelaufener britischer Marineverband war Drohung genug. ⁴⁶ Als Alexander II. dann doch – im Februar 1878 – den Befehl gab, in Konstantinopel einzurücken, war es bereits zu spät. ⁴⁷

Es folgten der Präliminarfrieden von San Stefano (3. März), der mit den dort getroffenen und von der deutschen Regierung ausdrücklich gebilligten ⁴⁸ russisch-türkischen Vereinbarungen in Wien und London auf heftigen Widerstand stieß, die besonders über die russische Absicht verärgert waren, ein

45 V. I. Nemirovič-Dančenko, Skobelev. Ličnye vospominanija i vpetčatlenija, 1884 (= Persönliche Erinnerungen und Eindrücke), Moskva 1993, S. 232f.

46 E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 242f., 245.

47 H. Uebersberger, a.a.O., S. 11: hätte die telegraphische Verbindung zwischen den russischen Streitkräften vor Konstantinopel und St. Petersburg nicht bestanden, wäre die Stadt höchstwahrscheinlich eingenommen worden, wie der General der Infanterie M. A. Hasenkampf (1843–1913) es in seinem *Moj dnevnik* (= Mein Tagebuch). 1877–1878 gg., St. Petersburg 1908 vermutete; Bismarck hatte dem Zaren geraten, Konstantinopel einzunehmen (F. Ronneberger, a.a.O., S. 64, der dazu den Reichskanzler zitiert), nicht weil er damit eine antirussische Intrige spann, wie A. S. Erusalimski, a.a.O., S. 143 fälschlich annimmt, sondern weil er ein erklärter Gegner balkanisch-slawischer Kleinstaatlichkeit war – siehe dazu F. Ronneberger, a.a.O., S. 46, 49f.

48 Paul von Oubril (1820–1896), der russische Botschafter in Berlin, berichtete am 4. März an seine Regierung: „Heute habe ich mit Bülow gesprochen. Ich habe ihm von dem Präliminarfrieden von San Stefano mitgeteilt. Er war bereits informiert. Er gratulierte mir im Namen der deutschen Regierung zu den großartigen Erfolgen, die eine neue Ära in der Geschichte Russlands und ganz Europas markieren würden“ (zitiert nach K. Kosev, Otto von Bismarck, in: *Études historiques* 14, Sofia 1990, S. 55); 1879 erklärte Bismarck dem russischen Diplomaten Pjotr Saburov (1835–1918), „dass er bereit gewesen wäre, bei vorheriger Einweihung den Vertrag von San Stefano zu verteidigen“ (F. Ronneberger, a.a.O., S. 37f.).

Großbulgarien bis zum Ägäischen Meer zu schaffen.⁴⁹ Er musste im Juni/Juli in Berlin unter der Führung Bismarcks, aber gegen dessen ursprünglichen Willen, auf einer europäischen Konferenz neu verhandelt werden.⁵⁰ Noch vor Beginn der diplomatischen Großveranstaltung waren sich Russland, Österreich-Ungarn und England über die „bulgarische Frage“ handelseinig geworden.⁵¹ Die Festlegungen des Berliner Kongresses waren dann: das neu geschaffene, der Hohen Pforte tributpflichtige Fürstentum Bulgarien nördlich des Balkan-Gebirges mit dem Gebiet um Sofia; die südlich des Gebirges liegende bulgarische Provinz Ostrumelien, autonom zwar, aber unter osmanischer Zivilverwaltung; Rumänien, das die nördliche Dobrudscha erhielt und dafür Bessarabien an Russland verlor; Serbien und Montenegro wurden als selbständige Staaten anerkannt; Thrakien und Albanien gehörten weiterhin zum Osmanischen Reich; eine Lösung des Makedonienproblems war nicht versucht worden, das ganze Land verblieb in türkischen Händen; Österreich-Ungarn wurde zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina ermächtigt; Zypern fiel an England. Der Berliner Kongress bedeutete eine tiefe Demütigung Russlands. Die Meerengen und damit der Zugang zum Mittelmeer lagen nach wie vor in weiter Ferne. Seine Rolle als Hegemon der christlich-orthodoxen Völker auf dem Balkan war zu Ende, und seine Abkehr von Europa setzte sich fort. Die Eingliederung der kaukasischen Gebiete um Kars, Ardahan und Batumi konnte nur ein schwacher Ersatz sein.⁵² „Das Wesen der

49 Die Österreicher waren empört, weil diese russischen Intentionen den Abmachungen von Reichstadt widersprachen.

50 Vor dem Wiener Kabinett erklärte Bismarck, dass es für Österreich-Ungarn keinerlei Bedeutung habe, ob das neu zu schaffende Bulgarien klein oder groß sei, und „dass Bulgarien in seinen Grenzen von San Stefano keine Bedrohung für die Habsburger Monarchie darstelle“ (K. Kosev, Otto von Bismarck, in: *Études historiques* 14, Sofia 1990, S. 56; F. Ronneberger, a.a.O., S. 38). Während des Kongresses schürte er die englisch-österreichisch-russischen Widersprüche bei den zweitrangigen Problemen und säte auf diese Weise, „indem er seine Rolle als ‚aufrichtiger Vermittler‘ bei der Orientalischen Frage rationell ausspielte, für lange die Saat der Zwietracht zwischen London, Wien und Petersburg“ (und natürlich auf dem Balkan selbst). Sein diplomatisches Ziel war es, antideutschen Koalitionen der europäischen Mächte möglichst dauerhaft vorzubeugen (K. Kosev, Otto von Bismarck, in: *Études historiques* 14, Sofia 1990, S. 57). Über die diplomatischen Ranggeleien im Vorfeld des Kongresses siehe E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 245–251, der aber die russischen Quellen außer Acht lässt.

51 E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 250f.: Russland, Österreich-Ungarn und Großbritannien verständigten sich auf ein wesentlich kleineres bulgarisches Staatsgebilde, das zudem noch – mit unterschiedlichem politischen Status - zweigeteilt werden sollte. Großbritannien billigte Österreichs Ansprüche auf Bosnien und die Herzegowina.

52 H.-J. Bartmuss, S. Doernberg et al. (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 523f.; E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 280f.; M. W. Weithmann, a.a.O., S. 297–301.

„Orientalischen Frage“, bemerkte Dostoevskij im Januar 1881 nicht ganz zu Unrecht, „besteht in diesem Moment im Bündnis von Deutschland und Österreich, aber auch in österreichischen Annexionen türkischen Territoriums“,⁵³ und, so ist hinzuzufügen, im zu erwartenden Kampf der ehemaligen türkischen Untertanen gegeneinander.⁵⁴ Der Balkan war zu einem gefährlichen Brandherd geworden.

Serbien hatte seine volle Unabhängigkeit erlangt und war territorial um die Gebiete beidseits der südlichen Morava mit den Städten Niš, Vrane und Pirot erweitert worden, geriet aber 1881 unter das faktische Protektorat Österreichs.⁵⁵ 1882 wurde dann aus dem Fürstentum das Königreich Serbien. Der Staatsbildungsprozess und die serbische Nationwerdung setzten sich nach dem Berliner Kongress unter leichteren Bedingungen auf einem beträchtlich erweiterten Territorium fort.

Griechenland hatte keinen unmittelbaren Nutzen aus dem Russisch-Türkischen Krieg 1877-1878 ziehen können. Es war zwar bereit, die antitürkischen Volksaufstände in Epirus und in Thessalien zu unterstützen, wurde aber von den Engländern gehindert, in das Kriegsgeschehen einzugreifen. Bismarck hingegen war im Nachhinein durchaus der Meinung, „die Aussichten dieses christlichen Königreiches auf Vergrößerung zu fördern, soweit wir dies ohne kriegerische Handlungen tun können.“ Er sah in Griechenland ein Gegengewicht zum sich auf dem Balkan ausbreitenden Panlawismus.⁵⁶ Erst 1881 wurden Teile Thessaliens und von Epirus in Übereinstimmung mit den Festlegungen des Berliner Kongresses an Griechenland angegliedert. Die diplomatischen Vorbereitungen zogen sich lange hin, und eine gewaltsame Lösung des Problems war anfangs nicht auszuschließen. Griechenlands nationale Selbstfindung war kein einfacher Vorgang, denn neben Griechen (Hellenen) lebten auf seinem Territorium auch albanische und slawische Bevölkerungsteile.

V.

Die westeuropäischen Mächte hatten den „Kranken Mann am Bosphorus“ nicht sterben lassen, gegen den Willen Russlands. Sie hatten aber auch nichts für seine Gesundung getan, und sie waren es jetzt, die wie politische Vormün-

53 F. M. Dostoevskij, a.a.O., S. 547.

54 Auf diese Gefahr hatte Dostojewski wiederholt hingewiesen, ebenda, S. 80, 82f., 383f.

55 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 255.

56 Zitiert nach F. Ronneberger, a.a.O., S. 111.

der über seine europäischen Territorien verfügten. Bismarck hoffte gar, „das orientalische Geschwür offen zu halten und dadurch die Einigkeit der Großmächte zu vereiteln und unseren eigenen Frieden zu sichern“.⁵⁷ Mit Mühe war auf türkische Kosten und unter Zurücksetzung südslawischer Interessen das europäische Kräftegleichgewicht und der Frieden auf dem Balkan wie an den Meerengen wiederhergestellt worden, wenngleich nur kurzzeitig.

Die Brüchigkeit der im Zuge des Berliner Kongresses getroffenen Abmachungen sollte sich alsbald offenbaren. Es war absurd, dass es jetzt ein bulgarisches Fürstentum nordwärts des Balkangebirges und mit dem Gebiet um Sofia gab, zugleich jedoch die autonome bulgarische Provinz Ostrumelien mit Plovdiv als Mittelpunkt unter türkischer Suprematie verblieb. Der künstlich geschaffene, unhaltbare Zustand zweier Bulgarien endete am 6. September 1885, dem Tag ihrer Vereinigung, die binnen weniger Stunden und ohne größeres Blutvergießen verwirklicht wurde. Eine erste Folge war, dass die Serben am 1. November 1885 Bulgarien ohne Kriegserklärung angriffen und auf Sofia marschierten. Sie wurden binnen 13 Tagen geschlagen. Die Einmischung Österreichs verhinderte größeren Schaden für Serbien. Die zweite Folge war die Abberufung der russischen Offiziere – eine Art Besatzungsmacht - aus dem jetzt ehemaligen Fürstentum Bulgarien. Zum anderen zeigte sich die Zerbrechlichkeit der in Berlin festgelegten politischen Strukturen auf dem Balkan in der völligen Negierung des Makedonienproblems. Makedonien wurde in der Mehrheit von einer slawischen Bevölkerung bewohnt, die in Sprache und Brauchtum den Bulgaren ähnlich war. Auf inkonsequente Weise war auch Ostthrakien unter türkischer Suprematie belassen worden. Beide offenen Probleme – Makedonien und Ostthrakien – weckten natürlich Begehrlichkeiten.

An dieser Stelle wird, um die Brisanz dieser konflikträchtigen Situation besser zu verstehen, ein Einschub erforderlich. Nach dem Schisma, der 1054 erfolgten Aufspaltung der Christenheit in die christlich-orthodoxe und römisch-katholische Kirche, durchzog eine Glaubensgrenze den Balkan. Im Westen, in Kroatien und an der dalmatinischen Küste dominierte die römisch-katholische Kirche, im Zentral-, Ost- und Südbalkan bewahrte die christlich-orthodoxe (als griechisch-orthodoxe) Kirche ihre Vormachtstellung. Mit dem Vordringen der Osmanen kam zum christlichen Glauben der Islam hinzu, dessen Träger die Eroberer waren, der aber, was nicht zur Regel wurde, auch gewaltsam verbreitet werden konnte, indem man Christen mit dem Schwert zum Islam bekehrte. Beispiel dafür sind die bulgarischen Pomaken (Pomaci)

57 Zitiert nach E. Engelberg, Bismarck, 1990, S. 282.

in den Rhodopen. Religiös-geistlicher Fixpunkt der Orthodoxie war der Patriarch, der nach wie vor seinen Sitz in Konstantinopel/ Istanbul hatte. Doch von der Mitte des 19. Jahrhunderts an und im Zuge der bulgarischen nationalen Wiedergeburt gewannen im bulgarischen Ethnos jene Kräfte zunehmend an Stärke, die sowohl auf die letztlich nationale Unabhängigkeit pochten, als auch nach größerer kirchlicher Selbstständigkeit verlangten. Am 11. März 1870 spaltete sich die orthodoxe Religionsgemeinschaft in das progriechische Patriarchat und das probulgarische Exarchat, die von nun an in Konkurrenz zueinander traten.⁵⁸

Die zwangsläufig und vernünftigerweise 1885 erfolgte Vereinigung des Fürstentums Bulgarien unter dem wenig russenfreundlichen Alexander von Battenberg mit Ostrumelien zu einem Staatsganzen rief bei den Großmächten ein unterschiedliches Echo hervor. Russland zeigte sich ausgesprochen verärgert. Bismarck in Berlin äußerte sich besorgt, aus Angst vor einem österreichisch-russischen Konflikt.⁵⁹ Österreich-Ungarn hingegen war plötzlich für diesen neuen bulgarischen Staat in der Hoffnung, die antirussischen Tendenzen würden sich dort verstärken. Griechenland und Serbien aber sahen das politische Gleichgewicht auf dem Balkan gestört.⁶⁰ Serbien ging am weitesten, erklärte Bulgarien den Krieg, wurde aber vernichtend geschlagen. Bernhard von Sachsen-Meiningen bemerkte dazu in einem Brief: „Mit um so größerer Unruhe und Betrübniß erblicke ich... die gewaltige kriegerische Aufregung, welche das hellenische Volk ergriffen hat und die durch den kriegerischen Einmarsch Serbien's in Bulgarien sich nur noch gesteigert haben wird. Diesen Einmarsch gegen ein Volk, welches seine Freiheit vom türkischen Joche erstrebt, sehe ich als einen großen, aus verblendeter Kurzsichtigkeit hervorgegangenen Fehler an, der nur dem barbarischen Regime des Sultan zu Gute kommen kann. Eine Kriegserklärung Griechenland's (die es nicht gab – A.J.) in diesen Augenblicken würde eine Torheit ersten Ranges bedeuten, denn die Türkei kann jetzt ihre gesamte furchtbare Macht gegen

58 Grundsätzlich G. P. Genov, *Iztočnijat vopros* (= Die Orientalische Frage), T. 2, Sofia 2008, S. 175–189 (2. Aufl.); A. Jossifidis, *Der Makedonienkonflikt und das Internet*, in: *Thetis 7*, Münster 2000, S. 303f. (gibt den 12. März an).

59 Kronprinzessin Victoria schrieb am 15. Dezember 1885: „Ich bin mit Herz und Seele auf der Seite der Bulgaren und hoffe, dass in Form eines Königreiches, das von den Russen und Türken unabhängig ist, ein geeinigtes Bulgarien entstehen wird. ... Russland und Österreich müssen sich eben damit abfinden...“ (F. Ponsonby /Hrsg./, *Briefe der Kaiserin Friedrich*, Berlin o.J., S. 237 /Knaur/.

60 F. Ronneberger, a.a.O., S. 90-92, 129f., 132; F. L. Bennis, *Europäische Geschichte seit 1870*. Bd. 1: 1870-1919, Fürstenfeldbruck o. J., S. 283f.; E. Engelberg, *Bismarck*, 1990, S. 456-462; D. Razumovskij, a.a.O., S. 262.

diesen einen Gegner (Bulgarien – A.J.) richten“.⁶¹ Russland reagierte auf seine Weise. Es zwang Alexander von Battenberg zur Abdankung, entsandte General N. V. Kaulbars (?–1905) als Bevollmächtigten nach Sofia, der eine Politik der Einschüchterung betrieb, schickte Kriegsschiffe nach Warna und landete dort Truppen.⁶²

Für Griechenland und Bulgarien wurde das türkisch gebliebene Makedonien zum Schnittpunkt widerstreitender Interessen. Während die Bevölkerung im nördlichen Teil Makedoniens zum bulgarischen Exarchat hingetendete und im Süden, insbesondere im Küstenbereich am progriechischen Patriarchat festhielt, verschärfte sich die Situation in Zentralmakedonien zusehends. Aufeinander trafen großbulgarische Ambitionen, die an das 1. Bulgarenreich von 681–1018 anknüpften, als König Samuil (991–1014) in Ochrid in fester Burg Hof hielt und sich hier am Ort ein Zentrum bulgarischer Kultur, Geistigkeit und Religiosität befand. Gegenläufig waren die griechischen Ansprüche, die sich ihrerseits am Byzantinischen Reich als historischem Vorbild orientierten.⁶³ Neben Griechen und Bulgaren wurden auch die Serben aktiv, die in Makedonien die Schlappe von 1885 wettmachen wollten und dort propagandistisch zu wühlen begannen.⁶⁴ Die Dreierkonstellation Bulgarien, Serbien und Griechenland – immer bezogen auf Makedonien – blieb in ihrer aggressiven Form bis zum Ende des 1. Weltkrieges, also bis 1918, erhalten, und sie wirkt natürlich weit abgeschwächt bis heute nach (siehe den Namensstreit zwischen Griechenland und der Republik Makedonien und die VMRO/IMRO (= Innere Makedonische Revolutionäre Organisation/).

Inzwischen hatte sich in Makedonien der antitürkische Widerstand formiert, der sich in nicht geringem Maße terroristischer Mittel bediente. Für die europäische Diplomatie schien das makedonische Problem nicht zu existieren. Sie war im Sinne der Berliner Konferenz von 1878 auf die Beibehaltung des *status quo* fixiert.⁶⁵ Politisches wie militärisches Zentrum des makedonischen Widerstandes war die IMRO, gegründet 1893 von bulgarischen Intellektuellen in Thessaloniki. Ihre Führer wie Goce Delčev, Gjorče Petrov und Jane Sandanski, dessen Grab sich unweit des Städtchens Melnik (Bulgarien) vor dem Roženskij Kloster befindet, bereiteten zielstrebig einen Aufstand vor. Er sollte die Beseitigung der türkischen Fremdherrschaft, die Ablösung

61 E. Meyer (Hrsg.), Heinrich Schliemann. Briefwechsel, Bd. 2, Berlin 1958, S. 226f. (Brief von Erbprinz Bernhard, 15. November 1885, Berlin-Charlottenburg).

62 A. S. Erusalimskij, a.a.O., S. 244f.; M. W. Weithmann, a.a.O., S. 306.

63 G. P. Genov, a.a.O., S. 397f., 401f.; A. Jossifidis, a.a.O., S. 304.

64 G. P. Genov, a.a.O., S. 398, 402f.

65 Ebenda, S. 408

feudaler Verhältnisse, den Aufbau demokratischer Strukturen und Makedonien wie Thrakien den Autonomiestatus bringen. Der Aufstand brach am 2. August, dem Eliastag (Ilidensko västanie), und am 19. August 1903, dem Tag der Verklärung Christi (Preobražensko västanie), los. Er zeitigte erste Erfolge, führte zur Proklamierung der kurzzeitigen Republik Kruševo und endete in einer blutigen Niederlage.⁶⁶ Ein Flüchtlingsstrom ergoss sich aus Makedonien in das Bulgarische Königreich. Ein Gutes hatten die Aufstände jedoch. Sie lenkten erneut die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte auf das Problem Makedonien. Die von russischen und österreich-ungarischen Diplomaten entwickelten Vorstellungen im Münzsteger Programm vom 5. Oktober 1903 sahen zwar Reformen der türkischen Verwaltung und ihre internationale Kontrolle vor, auch war an eine Reorganisation der inneren Struktur Makedoniens gedacht, die den dortigen ethnischen Strukturen gerecht werden sollte. Letztlich änderte sich aber nichts und die alten Antagonismen in und um Makedonien bestanden fort und die Lage verschärfte sich noch.⁶⁷

Dann entbrannte am 9. Oktober der 1. Balkankrieg. Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro hatten sich auf Betreiben Russlands zu einem rein antitürkischen Zweckbündnis zusammengeschlossen. Ziel war die Aufteilung der unter osmanischer Herrschaft verbliebenen europäischen Territorien, insbesondere die Befreiung des von den Bündnispartnern heiß umstrittenen Makedonien. Bereits am 30. Mai 1913 kapitulierte die türkische Armee. Sofort kam es zu Kontroversen unter den Verbündeten, weil sich keiner von ihnen an die vorher abgesprochenen Gebietszuweisungen halten wollte. Daraufhin machte Ferdinand von Sachsen-Coburg, der bulgarische Zar, den katastrophalen Fehler, am 29. Juni 1913 ohne vorherige Kriegserklärung Griechenland und Serbien anzugreifen. Der 2. Balkankrieg, der am 10. August 1913 schon wieder zu Ende war, hatte begonnen. Bulgarien fand sich plötzlich in einem Vierfrontenkrieg wieder, denn Rumänien und die Türkei, in der seit 1908 die Jungtürken regierten, waren an die Seite Serbiens und Griechenlands getreten. Der Krieg ging für Bulgarien verloren.⁶⁸

66 *Sovremennaja Bolgaria*, S. 73 f. M. W. Weithmann, a.a.O., S. 320.

67 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 307, 320; G. P. Genov, a.a.O., S. 410–412; A. Jossifidis, a.a.O., S. 304: „Doch das Bekanntwerden des Münzsteger Programms verschärfte den Gegensatz in der Region noch weiter, da Punkt drei des Programms die territorialen Verwaltungsbezirke in Makedonien unter dem Gesichtspunkt einer einheitlichen Gruppierung der einzelnen Nationalitäten neu festgelegt sehen wollte... Da es in diesem Gebiet allerdings kaum ethnisch homogene Parzellen gab, eskalierte der Antagonismus ab 1904.“

68 *Sovremennaja Bolgarija*, S. 80 – 82; M.W. Weithmann, a.a.O., S. 315–328; D. Razumovsky, a.a.O., S. 288–290 (zitiert den Kriegsberichterstatte L. D. Bronstein /Trotzki/); G. P. Genov, a.a.O., S. 436–454; A. Jossifidis, a.a.O., S. 305.

Im Frieden von Bukarest 1913 wurde die Aufteilung Makedoniens wie folgt beschlossen: Bulgarien erhielt das wirtschaftlich und strategisch unbedeutende Pirin-Makedonien. Griechenland bekam das von ihm beanspruchte Ägäis-Makedonien und Serbien, dessen Territorium sich damit um etwa ein Drittel erweiterte, das beträchtliche und geopolitisch wichtige Vardar-Makedonien.⁶⁹ An dieser Sachlage änderten weder der 1. Weltkrieg noch der 2. Weltkrieg etwas. Von bulgarischer Seite wurden in den 1920/1930er Jahren die Festlegungen des Bukarester Friedens immer wieder angefochten, zumal sich der Großteil der Bevölkerung in Vardar-Makedonien ethnisch wie sprachlich Bulgarien zugehörig fühlte. Diese im Volke vorhandene mentale Hinwendung schwächte sich erst in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg ab, so wie das im Krieg besetzte Vardar-Makedonien (auch das Kosovo), laut der Pariser Friedensverträge von 1947, als föderative Einheit zurück an Jugoslawien gegeben worden war. Von den 1960er Jahren an formierte sich dort, von der jugoslawischen Staatsführung offiziell unterstützt, ein makedonisches Selbstbewusstsein, das, beginnend mit der Sprache, die eigene ethnische Spezifik und die nationale Eigenständigkeit betonte. Das Ergebnis ist – nach dem Zerfall Jugoslawiens – die heutige Republik Makedonien.⁷⁰

Im Ägäis-Makedonien hatte sich hingegen die demographische Situation stark verändert, weil nach 1921, nach dem katastrophal verlorenen Krieg gegen die Türkei, die Masse der kleinasiatischen Griechen dort ihre neue Heimat fanden.⁷¹ Von den westlichen Mächten zu diesem Krieg ermuntert, wollte Athen sich die in der Mehrheit von Griechen bewohnte ionische Küste aneignen. Es kam anders, die Griechen wurden vertrieben und der Traum von einem Großgriechenland zerschlug sich. Heute gibt es im ehemaligen Ägäis-Makedonien eine klare griechische Bevölkerungsmehrheit, was nicht zuletzt auch das Ergebnis einer forcierten Gräzisierung des slawischsprachigen Ethnos ist. Außerdem emigrierten viele slawische Makedonen nach der Niederlage der kommunistischen Widerstandsbewegung (ELAS) im Bürgerkrieg (1944–1949) in die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder. Verfolgung, Flucht oder Bevölkerungsaustausch waren ständige Begleiter der Kriege auf dem Balkan.

69 *Sovremennaja Bolgarija*, S. 82; M.W. Weithmann, a.a.O., S. 326f.; G. P. Genov, a.a.O., S. 453f.

70 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 432f.; A. Jossifidis, a.a.O., S. 305 f.; zum Namen u.a. R. Schmitt-Brandt, Die Stellung des Altmakedonischen im Rahmen der Balkansprachen, in: *Thetis 11- 12*, Münster 2005, S. 84: „Wieso sollten also die Slaven Nordmakedoniens ihren Staat nicht Makedonien nennen, obgleich die Südmakedonier nach wie vor Griechen sind?“

71 A. Jossifidis, a.a.O., S. 305f.

Heute sind Bulgarien und Griechenland (ohne den Zypernkonflikt) die beiden Länder auf dem Balkan südlich der Donau, in denen die Nationwerdung als abgeschlossen gelten kann. In Serbien, Makedonien, im Kosovo und Bosnien-Herzegowina ist der Prozess nationaler Konsolidierung wieder in Gang gekommen. Das Kosovo wird sich früher oder später mit Albanien vereinigen, und dann werden neue Gebietsforderungen laut werden, u.a. gegenüber Makedonien. Das Nebeneinander von Serbien und der Serbenrepublik Bosnien ist auf Dauer ein unhaltbarer Zustand. Es wird von den einzelnen Völkern und vor allem dem Willen der europäischen Großmächte, auch den USA, abhängen, wie sich diese Konflikte, die einen realen ökonomischen, politischen, religiösen und ethnischen (Albaner, Südslawen und Griechen) Hintergrund haben, entwickeln werden.

Nach wie vor hat Gültigkeit, was M. W. Weithmann in seiner „Balkan-Chronik“ rückblickend schreibt: „Wenn wir die Pariser Friedensverträge von 1947 unter dem Aspekt des Nationalitätenprinzips betrachten, so müssen wir das Ergebnis der Friedensschlüsse von 1878, 1913, 1919/20 gebetsmühlenartig wiederholen: Alle Konfliktherde bleiben erhalten, das Grenzsystem der gegenseitigen Feindschaften wird erneut vertraglich festgelegt“. ⁷² Diese balkanische Problematik ist nach der Zerschlagung Jugoslawiens abermals akut geworden.

Die auf dem Berliner Kongress von 1878 arrangierte Neuordnung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan, die halbherzig, inkonsequent, aber dennoch – im negativen Sinne – nachhaltig war, folgte allein den Interessen der damaligen Großmächte. Nicht Dauerhaftigkeit, sondern Instabilität waren ihr Ziel, ebenso die Zurückdrängung des russischen Einflusses und das Bemühen – solange sich das machen ließ, das Siechtum des „kranken Mannes am Bosphorus“ zu verlängern. Sie berücksichtigte weder die ethnischen noch religiösen Gegebenheiten und setzte sich über das spezifisch Regionale einfach hinweg. Sie, diese Neuordnung, war Ausdruck versteckter wie offener politischer Willkür. Sie ist der Hauptschlüssel für das Verständnis der nachfolgenden politischen Entwicklung auf dem Balkan, der durch sie zum Pulverfass wurde. ⁷³ Zum Vergleich: Überall dort auf der Welt, wo Groß- oder Kolonialmächte einst willkürliche Grenzen zogen, ob in Nahost oder auf dem indischen Subkontinent, existieren Spannungsbereiche, die eigentlich nie zu wirklicher politischer Ruhe gekommen sind (u.a. Kurdenproblem, Kaschmir). Die „Büchse der Pandora“ bleibt offen, auch und gerade auf dem Balkan.

72 M. W. Weithmann, a.a.O., S. 433.

73 So auch G. P. Genov, a.a.O., S. 357.

*

Nachtrag: Im Sommer 1936 kam unter Mitwirkung der Türkei, Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion, Japans, Rumäniens, Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands das Abkommen von Montreux zustande. Es ging – im Interesse der Türkei – um die Remilitarisierung der Meerengen und um das – besonders zwischen der UdSSR und Großbritannien – strittige Problem der freien oder beschränkten Passage von Kriegsschiffen aus dem Schwarzen Meer in die Ägäis und umgekehrt. Geeinigt wurde sich u.a. auf folgende Bedingungen. Die Türkei durfte entlang der Meerengen zur eigenen Sicherheit wieder Truppen und Waffen stationieren. Handelsschiffen aller Nationen war die Durchfahrt von Dardanellen und Bosporus in Frieden- wie Kriegszeiten erlaubt. Bei Kriegsschiffen gab es unterschiedliche Regelungen. Während die Anrainerstaaten am Schwarzen Meer das fast uneingeschränkte Recht besaßen, in Friedenszeiten die Meerengen für ihre Kriegsmarine zu nutzen, hatten sich andere Staaten an bestimmte Obergrenzen der Schiffszahlen (nicht mehr als neun) und der Schiffstonnage zu halten. Sollte die Türkei an einem Krieg teilnehmen, war es ihr gestattet, die Meerengen für jederlei Kriegsschiffe entweder zu sperren oder ihnen Durchlass zu gewähren. In einem Kriege aber, der die Türkei nicht betraf, hatte sie die Meerengen für die Seestreitkräfte der Krieg führenden Seiten grundsätzlich zu schließen. Im November 1940, im Verlaufe der diplomatischen Mission, die W.M. Molotow (1879-1953) nach Berlin geführt hatte, wurde auf Drängen von J.W. Stalin (1879-1953) auch die Meerengenfrage angesprochen. Molotow verwies darauf, dass die Sicherheit der Sowjetunion ohne den Bosporus nicht zu gewährleisten sei. Die Berliner Seite übergab das Problem.⁷⁴ Da während des 2. Weltkrieges deutsche Kriegsschiffe Dardanellen und Bosporus ungehindert passierten, verlangte die Sowjetunion die Revision des Abkommens von Montreux und leitete damit die fünfte Phase in der Geschichte der „Orientalische Frage“ ein. Noch im Februar 1945, in Jalta, hatte Josif W. Stalin den Wunsch nach einer sowjetischen Mitverwaltung der Meerengen geäußert und auf der Potsdamer Konferenz, im Juli/August 1945, einigten sich die Siegermächte auf die Neuverhandlung der Konvention von 1936.⁷⁵ Damit befassen sollte sich der Rat der Außenminister. Am 7. August und 24. September 1946 wandte sich

74 S. Sebag Montefiore, Stalin. Am Hof des roten Zaren, Frankfurt/Main 2009, S. 385.

75 Hierzu und im Folgendem J. Friedrich, Yalu, An den Ufern des dritten Weltkrieges, Berlin 2007, S. 26 – 32.

die Sowjetunion mit entsprechenden Vorschlägen an die Türkei.⁷⁶ Angeboten wurde die gemeinsame sowjetisch-türkische Verteidigung der Meerengen, einschließlich eines eigenen sowjetischen Stützpunktes dort. Um dem sowjetischen Anliegen eine breitere internationale Basis zu verschaffen, war daran gedacht, auch die Anrainer Rumänien und Bulgarien in die Verwaltung und Kontrolle des Schiffsverkehrs zwischen Ägäis und Schwarzem Meer einzubeziehen.⁷⁷

Angesichts der politischen Veränderungen in Europa nach 1945 und der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion gingen die Moskauer Ansprüche der Türkei und besonders den USA zu weit. Sie wurden angesichts der starken sowjetischen militärischen Präsenz auf den Balkan und an der kaukasisch-türkischen Grenze als Bedrohung empfunden und abgelehnt. Der in der USA-Regierung kurzzeitig aufgekommene Gedanke eines Krieges, des dritten Weltkrieges, wegen Dardanellen und des Bosphorus wurde bald wieder fallen gelassen. Da die Sowjetunion keine neuerlichen diplomatischen Vorstöße zur Erfüllung ihrer Wünsche unternahm, entspannte sich die Situation. Erst 1953, in der Erklärung vom 30. Mai, annullierte sie ihre Vorschläge zum Schutz der Meerengen.⁷⁸ Fast wäre das nach 1878 in St. Petersburg aufgekommene Schlagwort in Erfüllung gegangen: „Der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor“.

76 Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza. 1946 g. (= Die Außenpolitik der Sowjetunion. Jahr 1946), Moskva 1952, S. 167-170, 193-202.

77 E. Eickhoff, a.a.O., S. 299; J. Friedrich, a.a.O., S. 27.

78 Izvestija (= Mitteilungen, Tageszeitung); 19. Juli 1953, No. 169.